



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

30/2015 24.07.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Leistungsbericht 2014

Mit dem Leistungsbericht 2014 geben das Institut für Multimediales Öffentliches Recht und das Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Einblick in ihre Aktivitäten in Forschung und Lehre.

Neben den Forschungsschwerpunkten war die Arbeit an den Instituten vor allem von der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2014 geprägt, welche umfassende Änderungen im Verfassungsrecht, Verfahrensrecht und den Materiengesetzen mit sich brachte. Zahlreiche Publikationen und Fachvorträge unter Beteiligung der Institutsmitglieder folgten daraus.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 83/2015

Kundmachung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien betreffend die **Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt** (Berichtigung des Verbraucherrechte-Richtlinie-UmsetzungsG; Berichtigung des Krankenanstalten-ArbeitszeitG)

BGBI II 206/2015

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die **Betraugung der Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle Austria GmbH (EAK)** als Koordinierungsstelle

BGBI III 98/2015

Kundmachung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien betreffend die **Beendigung von Abkommen** zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Kommission

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 190 v 17.07.2015, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2015/1121 des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 1** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2015**

[ABI L 191 v 17.07.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/1145 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juli 2015 über die im **Abkommen** zwischen der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** vorgesehenen **Schutzmaßnahmen**

[ABI L 191 v 17.07.2015, 6](#)

Verordnung (EU) 2015/1146 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juli 2015 zur Festsetzung des in der Verordnung (EU) Nr 1306/2013 **vorgesehenen Anpassungssatzes** für die **Direktzahlungen** für das **Kalenderjahr 2015**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

18.06.2015, [V 68/2015](#)

Oö RaumordnungsG; Gesetzwidrigkeit des **Flächenwidmungsplans** der Gemeinde Waldneukirchen hinsichtlich der Umwidmung eines Grundstücks von „Wohngebiet“ in „eingeschränkt gemischtes Baugebiet“ mangels Begründung, Grundlagenforschung und Interessenabwägung

18.06.2015, [G 28/2015 ua](#)

SchaumweinsteuerG; keine Verfassungswidrigkeit der **Ausgestaltung der Schaumweinsteuer**; dem Gesetzgeber ist es nicht verwehrt, den Steuersatz allein aus fiskalischen Zwecken zu erhöhen; keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes durch die unterschiedliche Behandlung der Warengruppen Schaumwein und „Prosecco-Frizzante/Perlwein“; keine unsachliche Belastung der Unternehmer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Österreichs; keine unsachliche Begünstigung hochpreisiger Schaumweine; keine Verletzung der Erwerbsfreiheit

18.06.2015, [G 55/2015 ua](#)

GlücksspielG; keine Verfassungswidrigkeit der von der Subsidiaritätsregel des VStG abweichenden Regelung des Glücksspielgesetzes über die **Subsidiarität des gerichtlichen Strafrechts gegenüber dem Verwaltungsstrafrecht**; Vollziehung von Angelegenheiten des Glücksspielwesens keine unmittelbare Bundesverwaltung; **Zustimmung der Länder** zur Kundmachung der Bestimmung über die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte der Länder daher **nicht erforderlich**

18.06.2015, [W I 2/2015](#)

Ktn Gemeinderats- und BürgermeisterwahlO; keine Stattgabe einer Anfechtung der Wahl des Gemeinderats der Gemeinde Eberndorf vom März 2015; keine Bedenken gegen die Bestimmung der Ktn Gemeinderats- und BürgermeisterwahlO hinsichtlich der **Erfassung der einlangenden Wahlkarten durch Hilfskräfte**

18.06.2015, [W II 1/2015](#)

NÖ GemeindeO; Stattgabe des Antrags eines Gemeinderats auf **Verlustigerklärung des Mandats eines Gemeinderatsmitglieds** wegen Anfügung einer unzulässigen **Bedingung zur Gelöbnisformel**

18.06.2015, [E 666/2015](#)

NÖ Raumordnungsg; Verletzung der Marktgemeinde Eichgraben im Gleichheitsrecht durch eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts Niederösterreich im fortgesetzten Verfahren nach teilweiser Aufhebung des örtlichen Raumordnungsprogramms sowie des angefochtenen Bescheids im Anlassfall; Willkür infolge grober Verkennung der Rechtslage durch **Annahme des Wiederinkrafttretens der früheren, vor Aufhebung bestehenden, Verordnungsbestimmungen** und damit Außerachtlassung einer Bestimmung des Bundesverfassungsrechts

19.06.2015, [E 294/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Feststellung der Zuständigkeit Bulgariens sowie Anordnung der Außerlandesbringung mangels Einholung eines aktuellen fachärztlichen Gutachtens betreffend eine dauerhafte Reiseunfähigkeit

19.06.2015, [E 426/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch Bestätigung der Rückkehrentscheidung betreffend eine aserbaidjanische Staatsangehörige; verfassungswidrige Interessenabwägung

25.06.2015, [G 7/2015](#)

VwVG; Verfassungswidrigkeit des gänzlichen **Ausschlusses der Gewährung von Verfahrenshilfe** in Verwaltungsgerichtsverfahren über zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen

25.06.2015, [E 473/2015](#)

WehrG; Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch **Bestrafung eines Bundesministers** wegen **Nichteinhaltung von Hygienebestimmungen beim Betrieb der Truppenküche eines Truppenübungsplatzes**; keine verwaltungsstrafrechtliche Strafbarkeit eines obersten Verwaltungsorgans für Handlungen im Rahmen des hoheitlichen Gesetzesvollzugs

B. Verwaltungsgerichtshof

26.03.2015, [Ra 2015/22/0042](#)

VwGG; eine **Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung** liegt ua vor, wenn das Erkenntnis des VwG von der Rsp des VwGH abweicht, eine solche Rsp fehlt oder die Rechtsfrage in der bisherigen Rsp des VwGH nicht einheitlich beantwortet wird; eine **uneinheitliche Rsp eines oder mehrerer VwG** erfüllt nicht den Tatbestand des Art 133 Abs 4 B-VG

22.06.2015, [2015/04/0002](#)

UVP-G; GewO; Nachbarn im Verfahren zur Genehmigung einer Betriebsanlage erfüllen als Teil der betroffenen Öffentlichkeit die Anforderung eines ausreichenden Interesses, um gegen eine Entscheidung, dass kein UVP-Verfahren durchzuführen ist, einen Rechtsbehelf einlegen zu können; entgegen der bisherigen Rsp des VwGH hat der **UVP-Feststellungsbescheid** gegenüber diesen **Nachbarn keine Bindungswirkung**

23.06.2015, [Ra 2015/05/0025](#)

Oö BauO; Untersagung der Errichtung einer – mittels vollständiger und ordnungsgemäß belegter Bauanzeige angezeigten – Photovoltaikanlage **mangels Entscheidungsreife** bis zum Ende des Ermittlungsverfahrens; die Untersagung stellt **keine Untersagung der Ausführung iSd § 25a Abs 1 Oö BauO** dar; es liegt somit eine rechtzeitig erstattete, nicht untersagte Bauanzeige vor, weshalb vom LVwG außerhalb der achtwöchigen Frist keine Untersagung gem § 25a Abs 1 Oö BauO mehr ausgesprochen werden konnte

24.06.2015, [2012/10/0233](#)

Tir NaturschutzG; Stattgabe einer Berufung des Landesumweltanwalts gegen die Erteilung der naturschutzrechtlichen Bewilligung für die **Rodung einer Auwaldfläche**; Zulässigkeit der Berufung trotz Zustimmung des Umweltanwalts zum Projekt vor Erlassung des erstbehördlichen Bescheids; keine Bedenken gegen die Annahme eines Auwalds; mangelhaftes

Verfahren aufgrund fehlender, konkret auf die Auswirkungen des beantragten Projekts bezogener Feststellungen durch die Behörde

24.06.2015, [2013/04/0041](#)

GewO; Nichtigerklärung zweier Bescheide, mit denen das Vorliegen der individuellen Befähigung für die Ausübung des **reglementierten Gewerbes „Sicherheitsgewerbe (Berufsdetektive, Bewachungsgewerbe)** gem § 94 Z 62 GewO“ bzw das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausübung des angemeldeten Gewerbes festgestellt wurde; kein Verstoß gegen die amtswegige Ermittlungspflicht; keine Aktenwidrigkeit

30.06.2015, [2012/06/0097](#)

Bgld BauG; der Nachbar kann als **subjektiv-öffentliches Recht im Zusammenhang mit der Gebäudehöhe** (nur) geltend machen, dass der auf seiner Liegenschaft vorhandene Baubestand in der gesetzlich erforderlichen Belichtung oder Belüftung nicht beeinträchtigt wird und dass eine sachgemäße widmungskonforme Bebauung seines Grundstücks im Hinblick auf die dafür notwendige Belichtung und Belüftung angesichts der Gebäudehöhe des verfahrensgegenständlichen Objekts möglich bleibt

30.06.2015, [2013/06/0066](#)

Stmk BauG; Antrag auf Baubewilligung für den Neubau eines Geschäfts- und Wohnhauses; div Einwendungen der Nachbarn; kein Mitspracherecht der Nachbarn hinsichtlich **Bebauungsgrad und Bebauungsdichte**; kein aus der Widmungsregelung des § 26 Abs 1 Z 1 Stmk BauG ableitbarer **Immissionsschutz** der Nachbarn bei Widmungskonformität des Geschäfts- und Wohnhauses

30.06.2015, [2013/06/0120](#)

Tir BauO; **Untersagung der Benützung** eines Flugdachs als Mistlege; die Benützung kann ua untersagt werden, wenn die bauliche Anlage nicht entsprechend dem aus der baulichen Zweckbestimmung hervorgehenden Verwendungszweck benützt wird; die Behörde legte nicht dar, worin der „aus der baulichen Zweckbestimmung hervorgehende Verwendungszweck“ besteht

30.06.2015, [Ro 2014/06/0054](#)

Ktn BauO; **Ktn GemeindeplanungsG**; Antrag auf Erteilung der Baubewilligung für den Neubau eines Büro-, Geschäfts- und Wohnhauses sowie die „Erweiterung/Nachverdichtung des Bestandes“; div Einwendungen der Nachbarn; Recht der Nachbarn auf Einhaltung von Bestimmungen des Bebauungsplans über die Ausnützbarkeit des Baugrundstücks; damit eine **Regelung der baulichen Ausnutzung** im Sinne einer Geschoßflächenzahl nach § 25 Abs 4 des Ktn GemeindeplanungsG **im Teilbebauungsplan** vorläge, bedürfte es auch der Angabe der zulässigen Geschossanzahl; der Teilbebauungsplan enthält diesbezüglich keine Vorgaben

30.06.2015, [Ra 2015/03/0034](#)

WaffenG; die **Pflicht zur sorgfältigen Verwahrung von Waffen** trifft zwar auch den Alleinbewohner eines Hauses bzw einer Wohnung, strengere Maßstäbe sind aber anzulegen, wenn die Wohneinheit mit Mitbewohnern geteilt oder aus anderen Gründen nicht nur ganz vereinzelt von Dritten betreten wird; an diesen weitergehenden Anforderungen ändert auch der aufgezeigte Umstand, dass die Aufbewahrung in Räumen Dritter nicht grundsätzlich unzulässig sei, wie die Regelung des § 3 Abs 2 Z 1 der 2. WaffengesetzdurchführungsvVO („in Dritträumen“) zeige, nichts

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Wien 13.05.2015, [VGW-021/054/22498/2014](#)

VwGVG; durch die Bestimmung des § 12 VwGVG („Schriftsätze“) wird klargestellt, dass Beschwerden wie auch sonstigen Eingaben nur schriftlich eingebracht werden dürfen; die **Einbringung eines mündlichen Rechtsmittels** ist daher **ausgeschlossen**; dies gilt auch, wenn die Beschwerde in einer Niederschrift beurkundet wird

LVwG Wien 16.06.2015, [VGW-041/028/29639/2014](#)

VwGVG; mit der ggst Beschwerde begehrte die Gebietskrankenkasse Wien die Verhängung einer höheren Strafe als mit Straferkenntnis über die mb Partei verhängt wurde; die Strafbarkeit Verwaltungsübertretungen ist infolge Verjährung erloschen; dass gem § 27 VwGVG der angefochtene **Bescheid auf Grund der Beschwerde zu überprüfen** ist und die Tatsache, dass die Verjährung nicht in der Beschwerde releviert wurde, stehen einem Aufgreifen der Verjährung durch das VwG nicht entgegen, da **offenkundige Rechtswidrigkeiten** wie die Strafbarkeitsverjährung **vom VwG jedenfalls aufgegriffen werden müssen**, auch wenn sie nicht ausdrücklich in den Beschwerdegründen geltend gemacht wurden

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

21.07.2015, Beschwerde Nr. [18766/11](#), *Oliari ua / Italien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Verletzung der aus Art 8 EMRK resultierenden **positiven Verpflichtungen** aufgrund der Tatsache, dass es für **gleichgeschlechtliche Paare** keine Möglichkeit der rechtlichen Anerkennung ihrer Beziehung gibt; **Eingetragene Partnerschaft** als geeignetes Rechtsinstitut; erkennbarer europäischer Trend der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare; bereits mehrfach dahingehende Entscheidungen des italienischen Verfassungsgerichts, die vom Gesetzgeber nicht umgesetzt wurden

21.07.2015, Beschwerde Nr. [2361/13](#), *G. S. / Georgien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); nach dem Urlaub bei Verwandten in Georgien beließ der Vater den Sohn der Bf, die mit ihm in der Ukraine lebte, ohne deren Einverständnis dort; konventionsverletzende **Mängel im Verfahren** vor georgischen Gerichten über die **Rückkehr des Kindes** in die Ukraine, da unter anderem Expertengutachten nicht hinreichend gewürdigt wurden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.